

Haushaltsrede 2013

des Vorsitzenden der SPD-Fraktion
in der Landschaftsversammlung Rheinland

Jürgen Rolle

am 19. Dezember 2012

in Köln

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
liebe Frau LVR-Direktorin,
sehr geehrter Herr Landesdirektor Kirsch,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
geehrte Abgeordnete der CDU-Fraktion,
sehr geehrte Damen und Herren !

Wir blicken erneut auf ein Jahr abwechslungsreicher Arbeit zurück und werden hier heute einen am Wohle der Menschen im Rheinland orientierten Haushalt 2013 gemeinsam verabschieden. Ein turbulentes Jahr liegt fast hinter uns. Ein Jahr, in dem sich zwei Fraktionen dieser Versammlung gegen den Verband wenden und - demokratische Gepflogenheiten ignorierend - versuchen, die kommunale Familie mit unzutreffenden Fakten gegen den LVR aufzuhetzen. Dies auf teilweise geschmacklose und schon peinlich anrührende Weise. Ein Novum in der fast 60-jährigen Geschichte des LVR.

Gut für den Verband, gut für das Rheinland, gut für die uns anvertrauten Menschen, dass es eben diese **Gestaltungsmehrheit** gibt, die in Kenntnis der Verantwortung für Menschen und Region die nötigen Beschlüsse herbeigeführt hat und dies auch in Zukunft tun wird. Dies im Übrigen mit einer Landesregierung im Rücken, die den Bestand der Verbände garantiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Unsere vorausschauende Personalpolitik hat sich bewährt. Wir werden sie fortsetzen und ergänzen.

Die Ausbildungsquote von 7% wird aktuell mit 7,7% deutlich übertroffen. Wir bieten hierdurch nicht nur jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung, sondern rüsten den Verband zugleich für die anstehende demografische Entwicklung. Um die Verwaltung auf diesem guten und richtigen Weg weiter zu unterstützen, haben wir beantragt dafür Sorge zu tragen, dieses Ausbildungsniveau auch in 2013 zu halten. Leider gegen die Stimmen der CDU.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Verwaltung sich an dem Modellprojekt „Betriebsintegrierte Arbeitsplätze“ beteiligt. Menschen mit Behinderung kann so der 1. Arbeitsmarkt geöffnet werden. Ein kleiner Schritt auf dem Weg zur Inklusion, wie auch das bewährte Programm zur Beschäftigung behinderter arbeitsloser Jugendlicher.

Wir unterstützen hier ausdrücklich die Arbeit des Dezernates 1 mit Herrn vom Scheidt an der Spitze. Dank auch für den ausgewogenen und interessengerechten Entwurf des Stellenplanes. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein paar Worte zu den umfassenden und steigenden Anforderungen an die Arbeit des Dezernates 4 verlieren. Grundsätzlich hat sich die Schlagzahl der Themen deutlich erhöht: U3-Ausbau, steigende Kosten in den Hilfen zur Erziehung, Prävention gegen Jugendkriminalität, Netzwerk Frühe Hilfen, Inklusion, Bundeskinderschutzgesetz, Schulsozialarbeit, Übergangssystem Schule – Beruf und, und, und. Dies verpflichtet Verwaltung und Politik zu einer kritischen Prioritätensetzung, denn nur mit einem deutlichen Blick auf das überhaupt Machbare können und müssen weiterhin wichtige Impulse für eine innovative Weiterentwicklung der Jugendhilfe durch die Politik angeregt und durch die Verwaltung auf den Weg gebracht werden.

Ich nenne beispielhaft nur drei Bereiche:

- Der Ausbau im Bereich der Kindertagesstätten und der Kindertagespflege ist noch lange nicht abgeschlossen. Der Bedarf - insbesondere im U3-Bereich - wächst weiterhin. Besonders wichtig ist es, die Herausforderungen, die sich durch die Schritte von der Integration zur Inklusion ergeben, durch Beratung und Fortbildung des Landesjugendamtes intensiv zu begleiten und zu fördern.
- Die Trägerstrukturen in der Jugendhilfe sind in einem starken Wandel begriffen. Waren es früher nahezu nur die klassischen Wohlfahrtsverbände, sind es heute immer mehr kleine und

auch gewerblich organisierte Träger, die auf den Markt der Jugendhilfe drängen. Und damit spielt auch immer mehr der Aspekt des Geldverdienens eine Rolle. **Umso wichtiger wird gerade bei diesen Trägern die Aufsicht des Landesjugendamtes**, in den Hilfen zur Erziehung genauso wie im Bereich der Kindertagesstätten.

- Das neue Bundeskinderschutzgesetz ist im Grundsatz ein Präventionsgesetz; es betont und stärkt jedoch die richtungsgebende Rolle der Landesjugendämter, für die kommunalen Jugendämter. Für alle Bereiche der Jugendhilfe müssen nun in den nächsten Jahren Qualitätsstandards entwickelt werden.
Eine immense Aufgabe, bei deren Erledigung wir die Verwaltung ausdrücklich unterstützen werden.

Unerfreulich hingegen sind die Entwicklungen - oder besser, Versäumnisse - der letzten Jahre um die Produktgruppe 074.

Die für 2012 weit über 50 Mio. Euro veranschlagten zusätzlichen Mittel, deren Einsatz notwendig geworden war, weil die Verwaltung eine - um es freundlich auszudrücken - „zeitnahe“ Abrechnung nicht sichergestellt hatte, sind bereits abgeflossen.

Dass eine seit Jahren tickende Bombe damit entschärft wurde, ist erfreulich! Weitere knapp 20 Mio. Euro werden das Ergebnis 2012 belasten. Wären wir hier den Vorstellungen der CDU gefolgt, hätten wir für 2012 allein in der Produktgruppe 074 ein Defizit von 70 Mio. Euro eingefahren! Gut also für den Verband, dass **mehrheitlich** gestaltet wurde!

Konsequenz aus dieser traurigen - kaum nachvollziehbaren - Vorgeschichte ist unser Antrag 13/230, das heißt:

- die Organisation im Landesjugendamt zu durchleuchten,
 - die Funktionalität der Schnittstellen zu anderen Dezernaten zu prüfen,
- um ggf. hieraus entsprechende Konsequenzen ziehen zu können.

Denn so etwas - ich denke da sind wir uns alle einig - darf nicht wieder passieren! Und dass sich die CDU auch an dieser Stelle verweigert, weil dies „nicht der richtige Zeitpunkt sei“ (so die CDU im Personalausschuss), kann nun gar kein Mensch verstehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachfolgend widme ich mich dem - nach Vorstellung der Gestaltungsmehrheit - zzt. bedeutsamstem Thema, der Inklusion.

Im Bereich der KiTa's haben wir dazu einen umfassenden Antrag gestellt, mit dem Ziel, gemeinsam die Inklusion im KiTa-Bereich voranzubringen.

Ein weiterer Schwerpunkt: Die schulische Inklusion:

Eine neu formierte sonderpädagogische Förderung in einem inklusiven Bildungssystem erfordert die frühe Beteiligung der Schulträger, nämlich bereits in der Vorbereitungsphase.

Die Bereitschaft in regionalen Inklusionsprozessen aktiv mitzuwirken, hat der LVR schon früh signalisiert. Derzeit ist der LVR-Schulträger an einer Reihe von regionalen Inklusionsplanungen beteiligt und wird immer häufiger von den Mitgliedskörperschaften und privaten Ersatzschulträgern angefragt, aktiv an den Prozessen vor Ort mitzuwirken, was wir natürlich gerne tun.

Mit der Inklusionspauschale fördert der LVR gemeinsamen Unterricht. Und dies mit erkennbarem Erfolg. Seit deren Einführung konnten ca. 350 Kinder und Jugendliche gefördert werden und somit den gemeinsamen Unterricht an einer Allgemeinen Schule besuchen!

Ein gewaltiger Erfolg in Sachen Inklusion!

Das Land hat den Auftrag der UN-Behindertenrechtskonvention, unser Schulsystem zu einem inklusiven Bildungssystem weiter zu entwickeln, angenommen. Die Allgemeine Schule soll der Regelförderort für **alle** Kinder sein, **jedes** Kind hat einen individuellen Förderbedarf.

Diesen Gedanken der Vielfalt in den Schulen zu verankern, erfordert einen Einstellungswandel bei allen am Schulleben Beteiligten. Zum Gedanken der Vielfalt gehört die Verbesserung der Bildungschancen **aller** Kinder und Jugendlicher – unabhängig von ihrer Herkunft oder einem

möglicherweise erforderlichen **besonderen** Unterstützungsbedarf. Wir unterstützen die Landesregierung dabei, in dieser Frage einen breiten politischen Konsens zu erreichen.

Der vorliegende Entwurf des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und die Verordnung über die Schulgrößen der Förderschulen und der Schulen für Kranke lassen jedoch noch viele Fragen offen.

Das Anliegen des LVR ist, die bisherige Qualität der Förderung von gehandicapten Kindern zu sichern, damit soweit als möglich in Zukunft Kinder mit und ohne besonderen Förderbedarf in einer inklusiven Schule gemeinsam lernen können und alle Schülerinnen und Schüler ihren Möglichkeiten entsprechend individuell gefördert werden. Allgemeine Schulen vor Ort können nur dann ein geeigneter Förderort für Kinder mit besonderem Förderbedarf sein, wenn auch dort die notwendigen Rahmenbedingungen (Personal, Ausstattung, Barrierefreies Gebäude) geschaffen werden. Hierzu ist der Gesetzentwurf in entscheidenden Passagen unklar und bedarf der Nachbesserung.

Wir fordern darüber hinaus, dass auch die Möglichkeit bestehen muss, LVR-Förderschulen in Kooperation mit Schulträgern der Allgemeinen Schulen zu Schwerpunktschulen in einer kommunalen Bildungslandschaft umzuwandeln.

Dafür wäre dann zu überlegen, ob nicht für Kinder und Jugendliche mit einem besonderen Förderbedarf eine zentrale Schulentwicklungsplanung sinnvoll wäre. Eine Aufgabe, bei deren Erledigung die Landschaftsverbände mit ihrem Know-how behilflich sein können.

Dabei - das sei hier nicht verschwiegen - ist dem aktuellen LWL-Inklusionsbericht 2012 zu entnehmen, dass es doch erhebliche inhaltliche und politische Unterschiede zwischen Rheinland und Westfalen zu geben scheint, was das Verständnis und die beabsichtigten Maßnahmen zur Umsetzung von Inklusion anbelangt.

Da sind noch viele inhaltliche Gespräche zu führen, um einen Weg für **ganz** NRW zu finden, ich glaube aber, dass dies in den nächsten Jahren zu schaffen ist.

Zurück zum Rheinland:

Seit der Einführung der LVR-Inklusionspauschale wurden ca. 1200 (!) Gespräche mit Eltern, Elternvereinen, Schulen, GU-Lehrerinnen und Lehrern, Schulaufsichten, Schulträgern, Sozial- und Jugendämtern und privaten Institutionen geführt. Hierdurch wurde der erhebliche Beratungsbedarf aller Beteiligten zur Gesamthematik Inklusion deutlich. Beispielhaft nur einige Themen: Gemeinsamer Unterricht, Offene Ganztagschule, Fördermöglichkeiten, Zuständigkeiten, Integrationshelfer, Schulgesetzliche Regelungen, Zuweisungspraxis, Gemeinschaftsschule, Schwerpunktschule, Sekundarschule etc.

Das zeigt, wie das fachliche Know-how der LVR-Schulverwaltung von außen wahrgenommen wird und wie sehr dieser Verband als Berater und Unterstützer in Sachen schulische Inklusion im Land gebraucht wird! Auf diesem Weg wollen wir das Dezernat unterstützen!

Und eins ist sicher: Mit wem sollte schulische Inklusion besser umsetzbar sein, als mit dem neuen Schuldezernenten Ulli Wontorra.

Das war eine wirklich außerordentlich gute personelle Entscheidung!

Sehr geehrte Damen und Herren,

selbstverständlich ist auch im Bereich des Sozialdezernates Leitlinie unseres politischen Handelns die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und damit die Schaffung inklusiver Lebensverhältnisse. Und hierunter versteht meine Fraktion die Entwicklung inklusiver Sozialräume – dort wo die betroffenen Menschen wohnen, wo sie leben, ihren Lebensmittelpunkt, ihre Freunde und Partnerschaften haben.

Ganz praktisch bedeutet dies für uns: Wie muss der Sozialraum in den Mitgliedskörperschaften weiter entwickelt werden, um mehr Menschen mit Handicap ein Leben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen und welchen Beitrag kann der Landschaftsverband Rheinland hierzu leisten. Welche „Leuchtturmprojekte“ können als gute, erfolgreiche Beispiele überzeugen. Unter dieser Prämisse

haben wir mit dem Haushalt 2012 die Verwaltung beauftragt, ein Anreizprogramm zur Konversion stationärer Wohnangebote (Fördervolumen von bis zu 3 Mio. Euro, verteilt auf drei Jahre) zu entwickeln. Wir sind überzeugt davon, das ist gut investiertes Geld. Wichtig war und ist uns der sozialräumliche Aspekt der förderwürdigen Projekte sowie der regionale Vernetzungsgedanke. Inklusive Entwicklungsmodelle im Quartier leisten nicht nur einen Beitrag zur Umsetzung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“, sondern auch einen Beitrag zur Abbremsung des Kostenanstiegs in der Eingliederungshilfe.

Gleichberechtigt neben den Unterstützungsleistungen zum Wohnen ist für uns in unserer politischen Arbeit die Weiterentwicklung der Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung. Unser Ziel: **„Inklusive Teilhabe Aller an Ausbildung und Beschäftigung, orientiert an Fähigkeit und Neigung!“** getreu dem seit Jahren von meiner Fraktion vertretenen Grundsatz: **„mitedrin statt draußen vor“**

Hierzu und zu unseren Vorstellungen zum Aktionsplan des LVR haben wir als SPD-Fraktion eine Broschüre herausgegeben, die Sie sich gerne in unserer Geschäftsstelle abholen können. (*ein Exemplar hochhalten*)

Ein dickes Dankeschön hierzu an Gertrud Servos (Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland), die hier federführend tätig war!

Und weil der LVR in Sachen Inklusion im Lande die Vorreiterrolle übernehmen will und muss, sollte er auch mit den ihm ja erfreulicherweise zur Verfügung stehenden Werkzeugen agieren.

Welchen Sinn macht es eigentlich für eine Gebietskörperschaft wie unsere, eine eigene Wohnungsbaugesellschaft zu haben?

Neben dem Profit und der Bereitstellung von Wohnraum für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter macht es doch nur dann Sinn, wenn es damit gelingt, den Verband bei der Erfüllung seiner Kernaufgaben zu unterstützen.

Bereits seit Jahren fordert die SPD, die Rheinische Beamtenbau möge sich mehr an den Zielen des Verbandes orientieren. Eines der zentralen Themen bei der Inklusion ist das Thema Wohnen. Es wird also höchste Zeit zu prüfen, in welcher Weise die RBB selbst inklusive Wohnprojekte fördern und durchführen kann und welche Beratungsfunktionen sie beispielsweise für die Mitgliedskörperschaften übernehmen kann. Ich bin schon sehr gespannt auf die Ergebnisse unseres Auftrages an die Verwaltung.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu den Netzwerkprojekten und Museen des LVR.

Erfreulich ist, dass in unseren Museen trotz der finanziellen Einschränkungen die Besucherzahlen 2011 weiter gesteigert werden konnten. Dies spricht für das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter Führung von Milena Karabaic, der und denen ich hiermit ausdrücklich meinen Dank aussprechen möchte!

Das „Zentrum für verfolgte Kunst in Solingen“ wird voraussichtlich zum 01.01.2013 an den Start gehen.

Bei der Stiftung Preußenmuseum sind wir an einem entscheidenden Punkt angelangt. Gemeinsam mit allen Stiftern – und damit auch mit dem Land NRW – muss und wird es zu einer einvernehmlichen Lösung kommen.

Auf dem Gelände der ehemaligen Ordensburg Vogelsang haben inzwischen die Baumaßnahmen begonnen. Die inhaltliche Gestaltung der NS-Dokumentationsausstellung ist auf einem guten Weg.

Und ein weiteres Projekt hat die Gestaltungsmehrheit auf den Weg gebracht.

Pause

Richtig, die Übernahme des Betriebes des geplanten Jüdischen Museums und der Archäologischen Zone in Köln.

- ohne Investitionskosten
- ohne Belastung durch Abschreibung
- ohne Unterhaltungskosten
- ohne Mietkosten
- ohne Erstausrüstungskosten und
- ohne Belastung für den Haushalt 2013 !

Warum also verbreiten Sie, meine Damen und Herren von CDU, Freien Wählern und Freunden, landauf landab ganz bewusst Unwahrheiten?

Warum versuchen Sie, Vertretungen, Hauptverwaltungsbeamte und Kämmerer im Rheinland aufzustacheln und richten damit Ihr Tun gegen den eigenen Verband?

Warum stellen Sie unzulässige Anträge an die Landschaftsversammlung, nachdem in einem demokratischen Prozess abschließende Entscheidungen getroffen worden sind? Und zum guten Schluss ziehen Sie dann den Antrag zurück!

Warum nehmen Sie nicht endlich zur Kenntnis, dass der LVR beim Betrieb eines solchen Museums nichts anderes tut, als im Rahmen seiner Kernaufgaben seine Pflichtaufgaben zu erledigen?

Und Warum schreiben Sie in Ihrem weißen Buch etwas von einem Kölner Ratsbeschluss zum Jüdischen Museum und Moschee-Bau in Köln? Warum?

Warum lassen Sie Geldscheine flattern?

Warum bringen Sie dieses sehr ernste Thema in Zusammenhang mit Karnevalsschlagern, wohlweislich, dass der Karneval und das Jüdische Leben in Köln in einem ganz speziellen Zusammenhang zu sehen sind?

Warum das alles?

Ich glaube, ich kann es Ihnen sagen:

Nicht weil Sie antisemitisch denken!

Nicht weil viele Menschen in dieser Gesellschaft nach wie vor Menschen jüdischen Glaubens für reich halten.

Nicht weil Sie Moscheen-Bau und Jüdisches Museum in einen Topf werfen wollen, um eine ganz bestimmte Klientel anzusprechen.

Nein, Sie tun es, weil Sie frustriert sind!

Weil Sie eben nicht Teil einer **gestaltenden** Mehrheit sind!

Weil Sie sehen, dass Sie gegen die sehr gute Arbeit der Gestaltungsmehrheit keine Chance haben. Und diese, Ihre Rolle, zementieren Sie gerade, indem Sie zu unfairen, verbandsschädlichen und auch völlig sinnlosen Mitteln greifen. Wenn Sie denn das Weißbuch wenigstens auf saugfähigem Papier gedruckt hätten - so ist es zu gar nichts nütze!

Tut mir leid, ich habe dafür kein Verständnis!

... und dann legen Sie - in gleichen Duktus - noch einen drauf:

In Ihrem neuesten CDU-Newsletter schreiben Sie „Zitat“ - „Nach drei Jahren hält diese Koalition nur noch der Wille zusammen, sich die Posten zuzuschieben ... und die Pfründe zu sichern“

Dazu folgendes:

- Natürlich ist es Arbeit, viel Arbeit, in einer Koalition gemeinsam zu gestalten
- und ebenso natürlich ist es auch, dass Abstimmungsergebnisse mit zwei Partnern manchmal schwieriger zu erzielen sind.

Aber wenn ich unsere Ergebnisse sehe, denke ich:

Lieber zu dritt gemeinsam gestalten, als alleine die Opposition zu verwalten.

... und eine Korrektur ihrer Aussage ist noch notwendig ...

Diese Koalition arbeitet nicht seit drei Jahren, sondern bereits seit acht Jahren zusammen und „Prognose“: Dies wird sie auch in den nächsten acht Jahren tun ...

Ich danke meinen Partnern Corinna Beck, Stefan Peil, Ralf Klemm von den Grünen, Bernd Paßmann, Lars Effertz, Hans-Otto Runkler von der FDP - ihren jeweiligen Fraktionen und meiner

SPD-Fraktion ausdrücklich für die ausgesprochen faire, konstruktive, solidarische Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr.

Ich danke sehr Renate Hötte mit ihrem Team aus der Kämmerei unter Leitung von Herrn Soethout, die diesen ausgewogenen Haushaltsentwurf vorgelegt hat und trotz neuerlich negativer Prognosen an der soliden Finanzplanung festhält und eine Senkung der Umlage vorschlägt.

Ein dickes Dankeschön an Ulrike Lubek für ihren enormen Einsatz, die den Verband vertritt mit Geist, Verstand und Charme, wie niemand zuvor dies getan hat.

Und Dank an den gesamten Verband und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LVR, die dafür sorgen, dass der LVR seinen Slogan verdient hat, indem sie tagtäglich Qualität für Menschen erzeugen, genauso wie Leila Soumani und Thomas Böll dies für die SPD leisten!

Herzlichen Dank !